

Keller, Dietrich

Article — Digitized Version

Analyse der westdeutschen Einfuhr

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Keller, Dietrich (1949) : Analyse der westdeutschen Einfuhr, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 6, pp. 31-33

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130985>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Analyse der westdeutschen Einfuhr

Diplomkaufmann Dietrich Keller, Frankfurt a. M.

Als die westlichen Alliierten immer deutlicher erkannten, daß die Verwirklichung des Morgenthau-Plans unrettbar ganz Europa in den Abgrund mitreißen würde, begann — zunächst vorsichtig tastend, dann mit immer weiter zunehmender Intensität — die Wiedereinschaltung Westdeutschlands in den internationalen Warenaustausch. Es lag klar auf der Hand, daß der Wiederaufbau eines deutschen Außenhandels aus den Trümmern der zerrissenen und vielfach zum Stillstand gekommenen deutschen Nachkriegswirtschaft in 3 Phasen verlaufen mußte:

Zunächst Ankurbelung der deutschen Produktion durch Zuführung frischen Blutes in den erstarrten Körper, dann Ingangbringen einer deutschen Ein- und Ausfuhr und schließlich Aufbau eines sinnvollen Systems gegenseitigen Austausches von Gütern und Dienstleistungen über unsere Grenzen hinaus. Zeitlich fließen diese 3 Phasen ohne scharfe Trennung ineinander über, und den Abschluß der Entwicklung kann erst das Erreichen des gesteckten Zieles bringen, wenn die westdeutsche Wirtschaft einmal wieder in der Lage sein wird, aus eigener Kraft mit Hilfe ihrer Exporterlöse ihren Einfuhrbedarf zu decken.

DIE DREI EINFUHRSTROME

Von der Einfuhrseite her gesehen, spiegeln sich die genannten 3 Phasen in den bekannten 3 Strömen der Einfuhr wieder:

1. In den sogenannten GARIOA-Einfuhren (Hilfslieferungen der USA-Regierung für die besetzten Gebiete — auf britischer Seite steht dem die „U. K. Contribution“ gleich)
2. In den ERP-Einfuhren und
3. In den früheren „JEIA-Einfuhren“, d. h. den Einfuhren aus eigenen Exporterlösen.

Die Hilfslieferungen Amerikas und Englands an Nahrungsmitteln, Medikamenten und Treibstoffen waren der Blutstrom zur Belebung des erstarrten Wirtschaftskörpers. Zunächst nur „zur Verhütung von Seuchen und Unruhen“ eingeführt, waren sie doch die Grundlage und unentbehrliche Voraussetzung jeden Aufbaus. Es wird leicht vergessen, daß diese Hilfsbeträge neben der Marshallplanhilfe auch heute noch einen wesentlichen Posten in der Zahlungsbilanz Westdeutschlands bilden (fast $\frac{1}{4}$ des gesamten Einfuhrvolumens des Wirtschaftsjahres 49/50) und daß diese auswärtige Hilfe das Fundament unseres heutigen Lebensstandards, insbesondere auf

dem Ernährungssektor, bildet. Für die Gestaltung einer Handelspolitik haben diese Einfuhren jedoch keine Bedeutung erlangt, da sie ihrem Charakter als Hilfslieferungen entsprechend von den Regierungen der Besatzungsmächte eingekauft werden und weder im eigentlichen Sinne Gegenstand einer westdeutschen Einfuhrpolitik noch Bestandteil handelsvertraglicher Vereinbarungen sein können.

In der zweiten Phase wurde dann — zunächst unter geringer deutscher Beteiligung — durch die „JEIA“, die Außenhandelsagentur der Militärregierungen, ein deutscher Export in Gang gebracht, fußend auf einer Produktion, soweit sie mit den erwähnten Hilfslieferungen ohne sonstige Rohstoffzufuhr damals möglich war. So bildeten unsere Rohstoffe Kohle, Holz, Kali und Schrott die Hauptausfuhrartikel, dazu kamen einige wenige Industrieerzeugnisse, deren Herstellung ohne nennenswerte Rohstoffzufuhren aus dem Ausland möglich war. Aus der Erkenntnis heraus, daß diese ersten Exporterlöse den Grundstock zum Ausbau unserer Ausfuhr bilden mußten, blieb ein unverhältnismäßig großer Prozentsatz von ihnen zunächst im engeren Kreislauf Import — Exportproduktion — Ausfuhr gebunden zur Durchführung bestimmter „Programme“. In nur langsam zunehmendem Umfang kamen die Exporterlöse indirekt dem deutschen Konsumenten zugute.

Dieses Startkapital war jedoch zu klein, um wirkliche Erfolge zu zeitigen, und neben der Währungsreform im Innern bedurfte es noch der Marshallplanhilfe, um in dieser zweiten Phase eine erfolgreiche Aufwärtsbewegung bei Aus- und Einfuhr zu erzielen.

Wenn auch die Marshallplanhilfe — im Sinne deutscher Einfuhrpolitik — nicht zu den oben erwähnten Hilfslieferungen aus GARIOA-Mitteln oder der U. K.-Contribution, also Regierungslieferungen, zu rechnen ist, sondern in der Übernahme von Dollarzahlungsverpflichtungen deutscher Einführer durch die ECA (Economic Cooperation Administration) in Washington besteht, so sind doch die Käufe aus den ECA-Mitteln bestimmten Vorschriften unterworfen, sowohl in der Warenart als auch in den möglichen Bezugsquellen. Aus ECA-Mitteln finanziert werden können nur solche Einfuhren, die echte Dollarzahlung erfordern, in erster Linie also Einfuhren aus den USA selbst, und nur wenn sie dort nicht erhältlich sind, aus anderen Ländern, insbesondere der westlichen Hemisphäre, soweit mit

diesen keine Verrechnungsabkommen bestehen. Weiterhin gibt die Marshallplanverwaltung nur für solche Käufe Gelder frei, die nachweislich zum europäischen Wiederaufbau beitragen, also in der Hauptsache für Grundnahrungsmittel, für industrielle Rohstoffe und Investitionsgüter. Die Grenzen für die Gestaltung einer eigenen Einfuhrpolitik im Rahmen der Marshallplanhilfe sind also genau abgesteckt, und seiner Wesensart nach ist dieser Einfuhrstrom nur in wenigen Fällen geeignet, als Mittel deutscher Handelspolitik eingesetzt zu werden.

Naturngemäß waren es daher die Exporterlöse, die selbstverdienten Devisen, deren Verwendung immer mehr im Blickpunkt des öffentlichen Interesses lag, und über die, wenn sie auch von den Militärregierungen verwaltet wurden, beliebig nach deutschen Vorschlägen und seit geraumer Zeit auch durch deutsche Importeure verfügt werden konnte. Dieser dritte Einfuhrstrom nun war es auch, der die umfassendste Wandlung in seiner Größenordnung, Zusammensetzung und Verwendungsmethode durchgemacht hat. In diesem Wandel spiegeln sich die zwei Phasen des Ingangbringens einer ersten eigenen Einfuhr und des Aufbaus eines systematischen Handelsaustausches wieder.

AUSRICHTUNG AUF PRODUKTIONSINTERESSEN

Als von der JEIA Anfang 1947 das erste „Dollarbudget“ bekanntgegeben wurde, innerhalb dessen für 3 Monate Einfuhrvorschläge gemacht werden durften, betrug dieses noch nicht einmal 10 % der Beträge, über die heute allein aus Exporterlösen im gleichen Zeitraum verfügt werden kann, und nur etwa ein Zwanzigstel des heutigen Gesamt-Einfuhrvolumens. Trotzdem, oder besser gesagt, gerade deshalb hat die warenmäßige Aufteilung dieses Einfuhrbudgets keine geringeren Kopfschmerzen bereitet, als sie heute die Einfuhrdispositionen den Beteiligten verursachen. Einen Vorteil hatte jedoch damals dieses „Einfuhrbudget“ und behielt ihn auch bis etwa Ende 1948, als es schon wesentlich größer geworden war, — es enthielt infolge der Dollarklausel im Ausfuhrgeschäft de facto nur Dollars, d. h. die Währung, mit der in jedem Lande und jeweils zum niedrigsten Preis eingekauft werden konnte.

Die so außerordentlich knapp bemessenen Mittel hatten es erforderlich gemacht, daß sich zu jener Zeit die Einfuhr auf die wirklich dringendst benötigten Waren beschränkte, praktisch also auf Roh- und Hilfsstoffe. Eine weitere Notwendigkeit war, zum Zweck der sparsamsten Verwendung von Devisen grundsätzlich beim Einkauf nur der billigsten Offerte zu folgen, ohne Rücksicht auf das Lieferland. Diese Politik der Ausrichtung der Einfuhr ausschließlich auf die eigenen Produktionsinteressen war dabei deshalb ohne Schwierigkeiten möglich, weil es eine systematische Handelspolitik, d. h. eine zweiseitige Politik des „do ut des“, noch nicht gab. Solange sich unsere Ausfuhr nur auf Rohstoffe und wenige, am Weltmarkt knappe Halb- und Fertigwaren erstreckte, war jedes Land bereit, deutsche Lieferungen in freien

Dollars zu bezahlen, ohne Rücksicht darauf, ob Gegenlieferungen nach Deutschland möglich waren oder nicht. Es kam hinzu, daß der damalige „sellers market“ die Zahlungsweise diktieren konnte, und es lag in unserem eigenen Interesse, mit Hilfe der Dollarklausel beim Ausfuhrgeschäft die Vorteile der Dollarzahlung bei der Einfuhr wahrzunehmen.

ZWEISEITIGE HANDELSPOLITIK

Ohne diesen Gegebenheiten voll Rechnung zu tragen und ohne dabei zunächst die bisherige Einfuhrpolitik zu ändern, hat man nun vor über einem Jahr begonnen, zweiseitige Handelsverträge, insbesondere mit unseren europäischen Nachbarländern, abzuschließen. Es zeigte sich dabei jedoch, daß entweder die zweiseitig vereinbarten Austauschwertgrenzen ein theoretisches Wunschbild bleiben mußten oder die bisherige Einfuhrpolitik nicht länger aufrecht erhalten werden konnte. Diejenigen Länder, die bei der Politik des Einkaufs nach der günstigsten Offerte als Lieferanten auftraten, waren nämlich durchaus nicht immer die gleichen, die bereit waren, deutsche Waren aufzunehmen.

Hier offenbart sich die Tatsache, daß unsere traditionellen Absatzmärkte, insbesondere die europäischen Nachbarländer, infolge der Auswirkungen des Krieges auf ihren Produktionsstand und infolge der zerrütteten Währungsverhältnisse nicht mehr in der Lage waren, insbesondere mit der Neuen Welt preislich und liefermäßig zu konkurrieren. Infolge der veränderten Struktur unseres Einfuhrbedarfs, vornehmlich auf dem Ernährungssektor (bedingt durch die Abtrennung der Ostgebiete), und insbesondere durch dieses Preisgefälle, hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit das Schwergewicht unserer Einfuhren in den Dollarraum verlagert, ohne daß die Richtung der Ausfuhr dieser Bewegung hätte folgen können.

Hierdurch trat der Zustand ein, daß die westdeutsche Zahlungsbilanz ein erhebliches Dollardefizit aufwies, das neben der Regierungshilfe und den Marshallplanlieferungen nur durch Exportüberschüsse im Handel mit den europäischen Ländern und dem Sterlingblock gedeckt werden konnte. Da diese Gebiete jedoch ebenfalls unter akutem Dollarmangel litten, waren sie auf die Dauer nicht in der Lage, ihre Käufe in Deutschland mit Dollars zu bezahlen, solange nicht Deutschland seinerseits in diesen Ländern einkaufte.

DOLLARERSPARNIS UND EXPORTFÖRDERUNG

Diese Lage zwang zu einer Änderung der bisherigen Einfuhrpolitik, und zwar einmal, um das Dollardefizit zu verringern, namentlich im Hinblick auf die zeitliche Befristung der Marshallplanhilfe, und zum andern, um mit der soeben in Gang gekommenen Ausfuhr nicht in den ersten Ansätzen stecken zu bleiben. Die Notwendigkeit des deutschen Exports entsprang in zunehmendem Maße nicht mehr nur dem Zwang, Devisen für die Einfuhr zu verdienen, sondern bei zunehmendem Produktionsumfang auch der Notwendigkeit, Absatzmärkte gerade für diejenigen

Waren zu finden, für deren Produktion auf Grund der früheren Belieferung des Auslandes größere Kapazitäten vorhanden waren, als zur Versorgung des einheimischen Marktes erforderlich gewesen wären.

Diese zwei Gesichtspunkte — Dollarersparnis und Exportförderung — bestimmten nun etwa seit Mitte 1948 die deutsche Einfuhrpolitik. Es mußte mehr und mehr Wert darauf gelegt werden, daß die inzwischen abgeschlossenen Handelsverträge nicht mehr unerfüllte Wunschbilder blieben, sondern die darin liegenden Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten voll ausgeschöpft und nach Möglichkeit erweitert wurden. Bilaterale Handelsverträge bedeuten stets ein gegenseitiges Aushandeln von Warenpositionen, und naturgemäß endet jede derartige Verhandlung mit gegenseitigen Zugeständnissen. Für uns bedeutete dies, daß Deutschland seine Tore auch öffnete für ausländische Waren, deren Einfuhr nicht zwingend notwendig gewesen wäre, um dadurch andererseits Zugeständnisse entweder für Lieferung knapper, allseitig begehrter Güter zu erhalten oder für die Abnahme von Erzeugnissen deutscher notleidender Industriezweige zu erzielen. So wurden — um nur ein Beispiel für viele zu nennen — der Schweiz Zugeständnisse für die Abnahme von Uhren gemacht, um gleichzeitig auch die dringend benötigten Ersatz- und Einzelteile für die deutsche Uhrenindustrie zu erhalten, und Belgien wurde die Abnahme von Thermosflaschen zugesagt, damit selbst dort Solinger Schneidwaren abgesetzt werden konnten.

Aber nicht nur dieser Zwang, im Wege von Verhandlungen gegenseitige Zugeständnisse zu machen, bestimmte das Bild der deutschen Einfuhr der jüngsten Vergangenheit, sondern ebenso sehr die zwingende Notwendigkeit, Käufe aus dem Dollarraum in den europäischen oder Sterlingblock zu verlagern, um auf diese Weise der Dollarknappheit nach und nach Herr zu werden. Wenn z. B. die Futtermittelimporte für die deutsche Fett- und Fleischversorgung aus Dollarländern gekürzt werden mußten, so mußte im Interesse des Konsumenten Ersatz gesucht werden, der in diesem Fall nur durch die zwar teurere, aber unvermeidliche

Einfuhr von tierischen Fetten und Fleisch aus unseren Nachbarländern möglich ist, oder wenn die Textilrohstoffeinfuhren aus Nord- und Südamerika ebenfalls aus Dollarmangel gekürzt werden müssen, so kann zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Wirtschaft und Konsumenten nur der Ausweg gewählt werden, im Wege der Einfuhr von Textil-Halb- und Fertigerzeugnissen die entstandene Lücke zu schließen, da die Gebiete, in denen wir kaufen können, nur diese Waren zu liefern imstande und bereit sind. So entwickelte sich zwangsläufig die warenmäßige Zusammensetzung unserer Einfuhren von ausschließlicher Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr für den dringendst notwendigen Mindestbedarf wieder zu einem bunten Sortiment auch weniger lebensnotwendiger Güter, wie es gerade für ein hochindustrialisiertes Land im Rahmen einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft typisch ist. Die jahrzehntelange Isolierung des deutschen Marktes von der Außenwelt konnte dabei langsam durchbrochen werden, und diese Wiedereinschaltung in den Welthandel gab neben einem wirtschaftspolitisch nicht unerwünschten gewissen Preisdruck neue Impulse und Anregungen für die eigene Produktion.

Die strukturell bedingte Dollarknappheit, die ja nicht nur ein deutsches, sondern ein gesamteuropäisches Problem ist, und die auch durch die europäischen Währungsabwertungen nur gemildert, aber nicht endgültig behoben werden kann, führt im übrigen die europäischen Staaten zwangsweise auf den Weg europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Ziel einer europäischen Wirtschaftunion, denn nur eine europäische, echte arbeitsteilige Wirtschaft wird auf die Dauer der ungeheuren Produktionskraft der Vereinigten Staaten im Konkurrenzkampf um die Weltmärkte ein Äquivalent entgegensetzen vermögen. Je eher daher die europäischen Staaten eine wirkliche Freizügigkeit im Warenaustausch unter sich herbeiführen, um so schneller und schmerzloser werden sie das Ziel des Marshallplanes, wieder aus eigener Kraft ohne fremde Hilfe zu leben, erreichen können.

Die Schweiz in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas

Dr. Otto Stein, Hamburg*)

In den Bemühungen um den Wiederaufbau Europas und im Kreis der dafür geschaffenen Institutionen hat die Schweiz stets eine besondere Stellung bezogen. Gerade von dieser Stellungnahme her kann man die Wirtschaftspolitik der Schweiz beleuchten. Drei Grundlagen dürften die Stellungnahme der Schweiz zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bestimmen:

Die erste liegt in der einzigartigen Stellung, die die Schweiz in der Weltwirtschaft einnimmt, die zu einer Hochzucht von Industrie, Handel und Kapital-

*) Wissenschaftlicher Referent des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs

verkehr führte. Eine solche Hochzucht muß mit einer immer strafferen Verflechtung des Landes in den Weltverkehr parallel gehen. Etwas überspitzt kann man sagen, daß das heutige Geschäftsleben der Schweiz ein Geschöpf dieses Verkehrs ist. Darum dürfte es kaum ein zweites Land geben, das für Auf- und Abbau im weltwirtschaftlichen Verkehr so empfindlich ist und das so nachdrücklich für jede wirkliche Förderung der internationalen Wirtschaftsverflechtung eintreten muß wie die Schweiz.

Die zweite Grundlage stellt die Erfahrung der Schweiz dar, daß sie ihre Stellung und Geltung einzig dem